

# Ärzeschaft wird Telematik-Projekt weiter kritisch begleiten

Der Deutsche Ärztetag hat – wie bereits im Vorjahr in Münster – die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte „in der bisher vorgelegten Form“ abgelehnt. Gleichzeitig forderten die Delegierten, die Einführung einer bundesweiten Telematik-Plattform auf der Grundlage des vom Ärztetag verabschiedeten Positionspapiers konzeptionell weiterzuentwickeln.

Der Ärztetag hat sehr engagiert die notwendigen Kriterien für den „Datenschutz bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte diskutiert und den Vorstand der Bundesärztekammer beauftragt, auf der Basis unseres Positionspapiers das Projekt elektronische Gesundheitskarte konstruktiv-kritisch zu begleiten“, resümierte Dr. Franz-Joseph Bartmann, Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein und Vorsitzender des Ausschusses „Telematik“ der Bundesärztekammer, nach der mehr als sechs Stunden dauernden Debatte über die Auswirkungen der Telematik und elektronischen Kommunikation auf das Patient-Arzt-Verhältnis.

## Keine verpflichtende Online-Anbindung

Eine bundesweite Telematikinfrastruktur mit der verpflichtenden Online-Anbindung und der Speicherung von Krankheitsdaten in einer zentralen Serverstruktur lehnt der Ärztetag ab: „Eine Neukonzeption des gesamten Projektes ist erforderlich“, heißt es in den von den Delegierten beschlossenen Positionspapier.

Der Ärztetag fordert, die geplante Telematik-Plattform, für die eine Online-Anbindung von mehr als 50 Berufsgruppen im Gesundheitswesen und bis zu zwei Millionen Zugriffsberechtigten vorgesehen ist, konzeptionell weiterzuentwickeln. Dies sei notwendig im Interesse des Erhalts der ärztlichen Schweigepflicht, einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Patienten und Ärzten, der informationellen Selbstbestimmung der Bürger und der weiteren Funktionsfähigkeit der medizinischen Versorgung.

## Prüfsteine für die E-Card

„Die Entscheidung über die Einführung und den Einsatz telematischer Behandlungsverfahren für Patienten und Ärzte muss freiwillig sein“, forderten die Delegierten weiter.

Die Ärzteschaft macht ihr Mitwirken in der gematik GmbH, die mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte betraut ist, und an den Tests in den Regionen von der Beachtung ihrer „Positionen zum Einsatz von Telematik im Gesundheitswesen“ abhängig. Folgende Prüfsteine hat der Ärztetag verabschiedet:

- Medizinische Daten sind so zu schützen, dass auch gegebenenfalls erfolgende Änderungen der Zugriffsrechte unwirksam bleiben.
- Erprobung von Speichermedien in der Hand des Patienten wie auch anderer Alternativen zur Datenspeicherung auf zentralen Servern.
- Umfassende Evaluation und öffentliche Bereitstellung der Ergebnisse vor der flächendeckenden Einführung.
- Erstellung und Veröffentlichung eines Sicherheitsgutachtens durch unabhängige

Experten vor der flächendeckenden Einführung.

- Freiwillige Entscheidung der Ärzte über die Nutzung der neuen Funktionen der elektronischen Gesundheitskarte und die Online-Anbindung.
- Freiwillige Entscheidung von Ärzten und Patienten über die Nutzung von elektronischen Patientenakten.
- Wenn Ärzten kein ökonomisch nachweisbarer Nutzen entsteht, sind die Kosten umfassend durch den jeweiligen Nutznießer zu vergüten.
- Keine Einführung des elektronischen Rezepts.
- Die Notfalldaten sind durch eine auf dem Chip der elektronischen Gesundheitskarte zu speichernde „Klinische Basisinformation“ zu ersetzen.
- Der sichere elektronische Arztbrief muss allen Ärzten mit Beginn der Online-Phase zur freiwilligen Nutzung zur Verfügung stehen.
- Die Konzepte für Arzneimitteldokumentation und elektronische Patientenakte sind neu aufzusetzen.

uma/BÄK

## „Nordrhein-Westfalen bleibt Vorreiter in der Telematik“

Die Vorstände der nordrheinischen Krankenkassen, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein, der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein und der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen unterstützen die Erstausgabe (so genannter Basis-Rollout) der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in Nordrhein. Dies erklärten sie anlässlich eines Spitzengesprächs im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen am 12.6.2008. Wie das Ministerium weiter mitteilt, werden die Gesprächsteilnehmer die Voraussetzungen für den Start des Projektes in ihren Organisationen schaffen, sobald die technischen Voraussetzungen erfüllt sind. Die Beteiligten gehen davon aus, dass nunmehr auch auf Bundesebene alle weiteren Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Projekt geschaffen werden. Sie gehen ferner davon aus, dass insbesondere die Akzeptanz der eGK entscheidend von den Telematik-Anwendungen wie der Arzneimitteltherapiesicherheitsprüfung und der Aktualisierung der Versichertenstamm-

daten abhängen und werden sich dafür einsetzen, dass diese in möglichst großer zeitlicher Nähe zur Ausgabe der eGK eingeführt werden. Nutzerfreundlichkeit für Patient und Arzt sowie weitere Heilberufe seien dabei oberstes Gebot. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann erklärte dazu: „Ich unterstützte die Entscheidung und sehe die Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens bei der Einführung von Telematik-Anwendungen im Gesundheitswesen weiter gestärkt.“

AGS/RhÄ



NRW-Gesundheitsminister **Karl-Josef Laumann**: Vorreiterrolle Nordrhein-Westfalens bei der Einführung von Telematik-Anwendungen.

Foto: MAGS